

Aufgrund des Gutachtens Nr. 55.119/3 des Staatsrates vom 20. Februar 2014, abgegeben in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nr. 2 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat;
Auf Vorschlag der Ministerin der Volksgesundheit und der Ministerin der Landwirtschaft

Haben Wir beschlossen und erlassen Wir:

Artikel 1 - Die Entgelte für Sachverständige in den verschiedenen Tierhaltungssektoren sind alle auf 24,56 EUR pro angefangene halbe Stunde festgelegt.

Art. 2 - Diese Entgelte werden jährlich auf der Grundlage des Gesundheitsindex indexiert.

Art. 3 - Die Fahrzeit wird für die Gewährung der Entgelte nicht berücksichtigt.

(...)

Art. 6 - In Artikel 20 des Königlichen Erlasses vom 28. November 1994 über die Bekämpfung der Newcastle-Krankheit wird Nr. 1 wie folgt ersetzt:

"1. Entgelte:

Die Entgelte für die Sachverständigen werden gemäß den Artikeln 1, 2 und 3 des Königlichen Erlasses vom 19. April 2014 über die Entgelte für Sachverständige, die für den Haushaltsfonds für Gesundheit und Qualität der Tiere und tierischen Erzeugnisse mit der Schätzung von Tieren beauftragt sind, bestimmt."

(...)

Art. 9 - In Artikel 78 des Königlichen Erlasses vom 10. Oktober 2005 über die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche wird Nr. 1 wie folgt ersetzt:

"1. Entgelte:

Die Entgelte für die Sachverständigen werden gemäß den Artikeln 1, 2 und 3 des Königlichen Erlasses vom 19. April 2014 über die Entgelte für Sachverständige, die für den Haushaltsfonds für Gesundheit und Qualität der Tiere und tierischen Erzeugnisse mit der Schätzung von Tieren beauftragt sind, bestimmt."

(...)

Art. 13 - Die für Volksgesundheit beziehungsweise Landwirtschaft zuständigen Minister sind, jeweils für ihren Bereich, mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Gegeben zu Brüssel, den 19. April 2014

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Die Ministerin der Volksgesundheit
L. ONKELINX

Die Ministerin der Landwirtschaft
S. LARUELLE

SERVICE PUBLIC FEDERAL JUSTICE

[C – 2023/44978]

7 AVRIL 2023. — Arrêté royal modifiant l'arrêté royal du 25 juin 2020 établissant le modèle de publication au *Moniteur belge* visée à l'article 1250 du Code judiciaire, en vue d'établir un modèle de publication des mesures étrangères de protection des adultes reconnues ou déclarées exécutoires. - Traduction allemande

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de l'arrêté royal du 7 avril 2023 modifiant l'arrêté royal du 25 juin 2020 établissant le modèle de publication au *Moniteur belge* visée à l'article 1250 du Code judiciaire, en vue d'établir un modèle de publication des mesures étrangères de protection des adultes reconnues ou déclarées exécutoires (*Moniteur belge* du 28 août 2023).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmédy.

FEDERALE OVERHEIDSDIENST JUSTITIE

[C – 2023/44978]

7 APRIL 2023. — Koninklijk besluit tot wijziging van het koninklijk besluit van 25 juni 2020 tot vaststelling van het model van de bekendmaking in het *Belgisch Staatsblad*, zoals bedoeld in artikel 1250 van het Gerechtelijk Wetboek, met het oog op de vaststelling van een model voor de bekendmaking van erkende of uitvoerbaar verklaarde buitenlandse beschermingsmaatregelen van volwassenen. - Duitse vertaling

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van het koninklijk besluit van 7 april 2023 tot wijziging van het koninklijk besluit van 25 juni 2020 tot vaststelling van het model van de bekendmaking in het *Belgisch Staatsblad*, zoals bedoeld in artikel 1250 van het Gerechtelijk Wetboek, met het oog op de vaststelling van een model voor de bekendmaking van erkende of uitvoerbaar verklaarde buitenlandse beschermingsmaatregelen van volwassenen (*Belgisch Staatsblad* van 28 augustus 2023).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling in Malmédy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST JUSTIZ

[C – 2023/44978]

7. APRIL 2023 — Königlicher Erlass zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 25. Juni 2020 zur Festlegung des Musters für die in Artikel 1250 des Gerichtsgesetzbuches erwähnte Veröffentlichung im *Belgischen Staatsblatt* im Hinblick auf die Festlegung eines Musters für die Veröffentlichung anerkannter oder für vollstreckbar erklärter ausländischer Maßnahmen zum Schutz von Erwachsenen - Deutsche Übersetzung

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Königlichen Erlasses vom 7. April 2023 zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 25. Juni 2020 zur Festlegung des Musters für die in Artikel 1250 des Gerichtsgesetzbuches erwähnte Veröffentlichung im *Belgischen Staatsblatt* im Hinblick auf die Festlegung eines Musters für die Veröffentlichung anerkannter oder für vollstreckbar erklärter ausländischer Maßnahmen zum Schutz von Erwachsenen.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmédy erstellt worden.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST JUSTIZ

7. APRIL 2023 — Königlicher Erlass zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 25. Juni 2020 zur Festlegung des Musters für die in Artikel 1250 des Gerichtsgesetzbuches erwähnte Veröffentlichung im *Belgischen Staatsblatt* im Hinblick auf die Festlegung eines Musters für die Veröffentlichung anerkannter oder für vollstreckbar erklärter ausländischer Maßnahmen zum Schutz von Erwachsenen

PHILIPPE, König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Aufgrund der Verfassung, des Artikels 108;

Aufgrund des Gerichtsgesetzbuches, des Artikels 1250 Absatz 1, ersetzt durch das Gesetz vom 21. Dezember 2018 und abgeändert durch das Gesetz vom 10. März 2019;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 25. Juni 2020 zur Festlegung des Musters für die in Artikel 1250 des Gerichtsgesetzbuches erwähnte Veröffentlichung im *Belgischen Staatsblatt*;

Aufgrund der Stellungnahme des Finanzinspektors vom 24. Februar 2021;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministers des Haushalts vom 22. März 2021;

Aufgrund der Stellungnahme Nr. 99/2020 der Datenschutzbehörde vom 2. Oktober 2020;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 73.071/2 des Staatsrates vom 6. März 2023, abgegeben aufgrund von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nr. 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat;

Auf Vorschlag des Ministers der Justiz

Haben Wir beschlossen und erlassen Wir:

Artikel 1 - Artikel 1 des Königlichen Erlasses vom 25. Juni 2020 zur Festlegung des Musters für die in Artikel 1250 des Gerichtsgesetzbuches erwähnte Veröffentlichung im *Belgischen Staatsblatt* wird wie folgt abgeändert:

1. Paragraph 1 Absatz 1 wird durch folgenden Satz ergänzt:

„Dies gilt ebenfalls für die im *Belgischen Staatsblatt* auszugsweise vorgenommene Veröffentlichung einer in Artikel 3 Buchstabe *a*) bis *d*), *f*) und *g*) des Haager Übereinkommens vom 13. Januar 2000 über den internationalen Schutz von Erwachsenen erwähnten anerkannten oder für vollstreckbar erklärten ausländischen Schutzmaßnahme, die in einem Vertragsstaat des Übereinkommens getroffen worden ist, oder einer Schutzmaßnahme, die mit den in diesem Artikel aufgeführten Maßnahmen vergleichbar ist und in einem Drittstaat einer volljährigen Person gegenüber getroffen worden ist.“

2. Paragraph 2 wird durch einen Absatz mit folgendem Wortlaut ergänzt:

„Die im *Belgischen Staatsblatt* auszugsweise vorgenommene Veröffentlichung der anerkannten oder für vollstreckbar erklärten ausländischen Schutzmaßnahmen erfolgt gemäß dem Muster in Anlage 4 zu vorliegendem Erlass.“

Art. 2 - In denselben Königlichen Erlass wird eine Anlage 4 eingefügt, die vorliegendem Erlass als Anlage beigefügt ist.

Art. 3 - Der für Justiz zuständige Minister ist mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Gegeben zu Brüssel, den 7. April 2023

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Der Minister der Justiz

V. VAN QUICKENBORNE

Anlage zum Königlichen Erlass vom 7. April 2023 zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 25. Juni 2020 zur Festlegung des Musters für die in Artikel 1250 des Gerichtsgesetzbuches erwähnte Veröffentlichung im *Belgischen Staatsblatt* im Hinblick auf die Festlegung eines Musters für die Veröffentlichung anerkannter oder für vollstreckbar erklärter ausländischer Maßnahmen zum Schutz von Erwachsenen

ANLAGE 4

zum Königlichen Erlass vom 25. Juni 2020 zur Festlegung des Musters für die in Artikel 1250 des Gerichtsgesetzbuches erwähnte Veröffentlichung im *Belgischen Staatsblatt*

AUSLÄNDISCHE SCHUTZMASSNAHME ZUR ANORDNUNG, ABÄNDERUNG ODER BEENDIGUNG EINER IN ARTIKEL 3 BUCHSTABE A) BIS D), F) UND G) DES HAAGER ÜBEREINKOMMENS VOM 13. JANUAR 2000 ÜBER DEN INTERNATIONALEN SCHUTZ VON ERWACHSENEN ERWÄHNTEN AUSLÄNDISCHEN SCHUTZMASSNAHME, DIE IN EINEM VERTRAGSSTAAT DES ÜBEREINKOMMENS GETROFFEN WORDEN IST, ODER SCHUTZMASSNAHME, DIE MIT DEN IN DIESEM ARTIKEL AUFGEFÜHRTEN MASSNAHMEN VERGLEICHBAR IST UND IN EINEM DRITTSTAAT EINER VOLLJÄHRIGEN PERSON GEGENÜBER GETROFFEN WORDEN IST (VERÖFFENTLICHUNG, ERWÄHNT IN ARTIKEL 1250 DES RICHTSGESETZBUCHES)¹

Friedensgericht von [...]²

Durch Beschluss vom [...]³ hat der Friedensrichter von [...]² ausländische Maßnahmen [...]⁴, die am [...]³ von [...]⁵ gegenüber Herrn/Frau [...]⁶, geboren in [...]⁷ am [...]³, wohnhaft in [...]⁸, verkündet worden sind, [anerkannt/für vollstreckbar erklärt]⁹.

[Herr/Frau [...]⁶ mit Wohnsitz/Gesellschaftssitz in [...]¹⁰ ist als [...]¹¹ der oben erwähnten geschützten Person bestellt worden]¹².

[Herr/Frau [...]⁶ mit Wohnsitz/Gesellschaftssitz in [...]¹⁰ ist von seinem/ihrem Auftrag als [...]¹¹ der oben erwähnten geschützten Person entbunden worden]¹³.

[Aus diesem Anlass hat der Friedensrichter gemäß [...]¹⁴ Schutzmaßnahmen [...]⁴ [verkündet/abgeändert/beendet]⁹]¹⁵.

¹ Maßnahmen zur Unterbringung der von der Schutzmaßnahme betroffenen Person sind nicht im *Belgischen Staatsblatt* zu veröffentlichen.

² Kanton des Friedensgerichts angeben.

³ Tag, Monat und Jahr angeben.

⁴ Nur angeben, ob es sich um Schutzmaßnahmen gegenüber der Person und/oder dem Vermögen des Betroffenen handelt.

⁵ Ausländische Behörde, die die Maßnahme getroffen hat, und Land, in dem sie ihre Befugnis ausübt, angeben.

⁶ Vorname und Name des Betroffenen ausschreiben.

⁷ Geburtsort angeben.

⁸ Vollständige Adresse der geschützten Person angeben.

⁹ Nur Zutreffendes angeben.

¹⁰ Vollständige Adresse des Betreuers oder des Gesellschaftssitzes der Kanzlei, der Notariatsstube, des Unternehmens beziehungsweise der Vereinigung, denen er/sie angehört, angeben.

¹¹ Präzisieren, dass die Person entweder als Betreuer für die Person oder als Betreuer für das Vermögen oder als Betreuer für die Person und das Vermögen oder als Vertrauensperson bestellt worden ist.

¹² Diese Zeile einfügen, wenn der Richter anlässlich dieser Anerkennung oder Vollstreckbarerklärung einen Betreuer bestellt. Diese Zeile so oft einfügen, wie es Betreuer gibt, die zur Vertretung der Interessen der geschützten Person bestellt worden sind.

¹³ Diese Zeile einfügen, wenn der Richter anlässlich dieser Anerkennung oder Vollstreckbarerklärung den Aufträgen eines Betreuers ein Ende setzt. Diese Zeile so oft einfügen, wie es verschiedene Betreuer gibt, die von ihren Aufträgen entbunden werden.

¹⁴ Artikel 492/1, Artikel 492/4 und/oder Artikel 499/7 des Zivilgesetzbuches. Nur Zutreffendes angeben.

¹⁵ Diese Zeile nur einfügen, wenn der Richter anlässlich dieser Anerkennung oder Vollstreckbarerklärung gerichtliche Schutzmaßnahmen anordnet, abändert oder beendet.

Die in dieser Veröffentlichung enthaltenen personenbezogenen Daten dürfen nur genutzt werden, um Drittpersonen die Entscheidung zur Kenntnis zu bringen.

Gesehen, um Unserem Erlass vom 7. April 2023 zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 25. Juni 2020 zur Festlegung des Musters für die in Artikel 1250 des Gerichtsgesetzbuches erwähnte Veröffentlichung im *Belgischen Staatsblatt* im Hinblick auf die Festlegung eines Musters für die Veröffentlichung anerkannter oder für vollstreckbar erklärter ausländischer Maßnahmen zum Schutz von Erwachsenen beigelegt zu werden

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Der Minister der Justiz
V. VAN QUICKENBORNE

SERVICE PUBLIC FEDERAL JUSTICE

[C – 2023/46247]

11 OCTOBRE 2023. — Arrêté royal modifiant l'arrêté royal du 23 mai 2001 portant création du Service public fédéral Justice

PHILIPPE, Roi des Belges,

A tous, présents et à venir, Salut.

Vu la Constitution, l'article 37 ;

Vu l'arrêté royal du 23 mai 2001 portant création du Service public fédéral Justice ;

Vu la dispense d'analyse d'impact sur la base de l'article 8, § 1^{er}, 4^o, de la loi du 15 décembre 2013 portant des dispositions diverses concernant la simplification administrative;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 16 mars 2023;

Vu l'accord du Ministre de la Fonction publique, donné le 23 mai 2023;

Vu l'accord du Secrétaire d'Etat au Budget, donné le 6 juillet 2023;

Vu l'avis motivé du 14 septembre du Comité supérieur de concertation ;

Considérant l'arrêté royal du 29 octobre 2001 relatif à la désignation et à l'exercice des fonctions de management dans les services publics fédéraux et les services publics fédéraux de programmation, l'article 2, §§ 3 et 4 ;

Considérant que la réglementation relative aux fonctions à mandat au sein des services publics fédéraux a changé et qu'il convient en conséquence d'adapter l'organigramme du Service public fédéral Justice et d'ajouter trois fonctions de management – 1 ;

Sur la proposition du Ministre de la Justice ;

Nous avons arrêté et arrêtons :

Article 1^{er}. Dans l'article 4, 2^o de l'arrêté royal du 23 mai 2001 portant création du Service public fédéral Justice, tel que modifié par l'arrêté royal du 10 juillet 2016, le mot « trois » est remplacé par le mot « six ».

Art. 2. Pour l'exécution de l'article 1^{er}, il est tenu compte de la mesure transitoire visée à l'article 17 de l'arrêté royal du 20 décembre 2022 modifiant l'arrêté royal du 7 novembre 2000 portant création et composition des organes communs à chaque service public fédéral (ou service public de programmation), l'arrêté royal du 8 mars 2001 fixant les conditions de délivrance des certificats de connaissances linguistiques prévus à l'article 53 des lois sur l'emploi des langues en matière administrative, coordonnées le 18 juillet 1966, l'arrêté royal du 29 octobre 2001 relatif à la désignation et à l'exercice des fonctions de

FEDERALE OVERHEIDSDIENST JUSTITIE

[C – 2023/46247]

11 OKTOBER 2023. — Koninklijk besluit tot wijziging van het koninklijk besluit van 23 mei 2001 houdende oprichting van de Federale Overheidsdienst Justitie

FILIP, Koning der Belgen,

Aan allen die nu zijn en hierna wezen zullen, Onze Groet.

Gelet op de Grondwet, artikel 37;

Gelet op het koninklijk besluit van 23 mei 2001 houdende oprichting van de Federale Overheidsdienst Justitie;

Gelet op de vrijstelling van een impactanalyse op basis van artikel 8, § 1, 4^o, van de wet van 15 december 2013 houdende diverse bepalingen inzake administratieve vereenvoudiging;

Gelet op het advies van de Inspecteur van Financiën, gegeven op 16 maart 2023;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister van Ambtenarenzaken, gegeven op 23 mei 2023;

Gelet op de akkoordbevinding van de Staatssecretaris voor Begroting, gegeven op 6 juli 2023 ;

Gelet op het gemotiveerd advies van 14 september van het Hoog overlegcomité ;

Overwegende het koninklijk besluit van 29 oktober 2001 betreffende de aanduiding en de uitoefening van de managementfuncties in de federale overheidsdiensten en de programmatorische federale overheidsdiensten, artikel 2, §§ 3 en 4;

Overwegende dat de regelgeving met betrekking tot de mandaatfuncties binnen de federale overheidsdiensten veranderd is en dat bijgevolg het organogram van Federale Overheidsdienst Justitie dient te worden aangepast en drie managementfuncties -1 dient te worden toegevoegd ;

Op de voordracht van de Minister van Justitie;

Hebben Wij besloten en besluiten Wij :

Artikel 1. In artikel 4, 2^o van het koninklijk besluit van 23 mei 2001 houdende oprichting van de Federale Overheidsdienst Justitie, gewijzigd door het koninklijk besluit van 10 juli 2016, wordt het woord "drie" vervangen door het woord "zes".

Art. 2. Voor de uitvoering van artikel 1, wordt rekening gehouden met de overgangsmaatregel bedoeld in artikel 17 van het Koninklijk besluit van 20 december 2022 tot wijziging van het koninklijk besluit van 7 november 2000 houdende oprichting en samenstelling van de organen die gemeenschappelijk zijn aan iedere federale overheidsdienst (of programmatorische overheidsdienst), het koninklijk besluit van 8 maart 2001 tot vaststelling van de voorwaarden voor het uitreiken van de bewijzen omtrent de taalkennis voorgeschreven bij artikel 53 van de wetten op het gebruik van de talen in bestuurszaken,